ALHAMBRA

zeitung&programm

juli/august 2011

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

recht auf stadt
Haus »Friedensbruch« forever! 5

antimilitarismus
Bundeswehr-Konzert in Oldenburg zum Desaster gemacht 7

trans*- und homophobie
Redebeitrag zur Demo am 14. Mai 2011 9

internationalismus
Widerstand in Afghanistan: You do not hear us! 11
Ciudad Juárez, Mexiko: Diese verdammte Angst 14
Interview mit einem Anarchisten aus Minsk, Weißrussland 18

Ankündigungen 24

EDITORIAL

Endlich! Nach 21 Jahren schließt das Abschiebelager Blankenburg zum Juli seine Tore das letzte Mal. Nicht zuletzt die Proteste, die seit jeher innerhalb und außerhalb des Lagers stattfinden, sind der Grund dafür. Die beiden anderen niedersächsischen Großlager in Braunschweig und Bramsche-Hesepe scheinen dem rassistischen Lagerliebhaber und Landesinnenminister Schünemann für die aufgrund der EUropäischen Abschottungspolitik zurückgehende Zahl von Flüchtlingen zu reichen. 21 Jahre war Blankenburg ein Ort direkt vor den Toren Oldenburgs, der durch Isolation, alltägliche Schikane, Perspektivlosigkeit und ständige Angst vor Abschiebung geprägt wurde. 21 Jahre zu lange also. Die Schließung ist ein Grund zu feiern! Oder? Leider wird die Freude schnell wieder getrübt: An der grundsätzlichen Flüchtlingspolitik ändert sich rein gar nichts.

Und Oldenburg? Oldenburg hatte sich ja vor 21 Jahren durch die Gründung des Abschiebelagers Blankenburgs von der Pflicht Flüchtlinge aufzunehmen „frei gekauft". Jetzt forciert der Abschiebeminister Schünemann die Aufnahme von Flüchtlingen. 422 soll die Stadt in der nächsten Zeit aufnehmen. Die Stadt hat nun – wenig überraschend unambitioniert – eine dezentrale Unterbringung überprüft. Der Wohnungsmarkt ließe dies aber zur Zeit nicht zu. Die erste Alternative, die die Stadt praktisch umzusetzen begann, war eine Massenunterbringung jenseits der Stadtgrenzen, nämlich auf dem Fliegerhorst. Um von dort nach Oldenburg zu kommen, müssen die Flüchtlinge sogar – ebenso wie die Bewohner_innen der Mini-Enklave von Oldenburg-Brokhausen – durch Ofen, ein Dorf in der Nähe Oldenburgs. Es ist zu hoffen, dass die Initiative der Bewohner_innen gegen die geplante Flüchtlingsunterbringung das Problem nicht in den Flüchtlingen sieht, sondern viel eher die Massenunterbringung und Isolation, die diese Unterbringung hervorbringen wird, auf die lokalpolitische Tagesordnung setzen werden. Eine weitere geplante Flüchtlingsmassenunterbringung soll in den leer stehenden Kasernen in Donnerschwee entstehen. Ein Vorteil für die antirassistischen Kämpfe der Zukunft besteht darin, dass es ab jetzt die Stadt – und nicht mehr das Land – ist, die zur Verantwortung gezogen werden kann. Die Schwierigkeit, die sich stellt, besteht nicht zuletzt in der Tatsache, dass an dem Argument der Wohnungsnot der Stadt etwas dran ist – übrigens nicht zuletzt wegen einer verfehlten Wohnungsmarktpolitik der letzten Jahre.

In Oldenburg gibt es ein Leerstandsrisiko von unter einem Prozent. Mehrere tausend Menschen stehen bei der GSG auf der Warteliste. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware in Oldenburg. Eine erste, mehr als nur symbolische Antwort auf diesen unhaltbaren Zustand haben die Besetzer_innen des Haus "Friedensbruch" gefunden. Auf Seite 5 und 6 findet ihr einige Eindrücke von dem besetzten Haus. Liebe Besetzer_innen, wir wünschen euch in jedem Fall fleißiges Renovieren, dass ihr Ausgangspunkt für Kämpfe um die Stadt bleibt, und eine tolle Zeit. Alles Gute und noch viele erbauliche Jahre als autonomes Zentrum!

Mit einer bundesweiten Demonstration am 1. Mai wollte die NPD in Bremen den Höhepunkt ihres Wahlkampfs begehen. Kurzfristig wurde sie auf den 30. April verschoben. Trotz der spontanen Terminänderungen fanden sich um die 6 000 Antifaschist_innen zusammen, um dem Namen des Bündnisses „Keinen Meter!" alle Ehre zu machen und sich dem Häuflein angereister Nazis (insgesamt waren es 186) in den Weg zu stellen. Leider konnte der Aufmarsch nicht verhindert werden. Dies lag vor allem an einem massiven Polizeiaufgebot, welches fest entschlossen war, den Aufmarsch durchzuprügeln. Auch drei gut organisierte und zeitlich aufeinander abgestimmte Durchbruchversuche sowie zahlreiche andere Aktionen direkt an der Strecke konnten daran leider nichts ändern. Trotzdem fanden wir es bezaubernd, dass so viele Leute aus Oldenburg gemeinsam versuchten, die Nazis aus der Stadt zu jagen. Naja, wie heißt es so schön: Heute ist nicht aller Tage...

Wenn über Afghanistan berichtet wird dann normalerweise über Krieg, die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch und über unterdrückte Frauen. Auch in linken Medien ist kaum etwas anderes Thema – wenn auch aus einem anderen Blickwinkel. Nie geht es um die Menschen, die in Afghanistan Widerstand gegen Besatzung, patriarchale Strukturen und für ein ganz anderes Ganzes leisten. Besonders froh waren wir daher, einen Artikel über linke und feministische Gruppen in Afghanistan gefunden zu haben. Für uns wird in diesem Artikel auch der nicht-Bezug einer deutschen Linken auf afghanische Basisgruppen und deren Unverständnis darüber deutlich – definitiv etwas woran wir arbeiten müssen!

Am 8. Mai nahmen sich über 200 Antimilitarist_innen das Schlusswort des Aufrufs gegen das Bundeswehrkonzert im Schlossgarten zu Herzen und machten es zum angekündigten Desaster. Auch das große Bullenaufgebot konnte sie nicht aufhalten (siehe Seite 7). Anscheinend hatten alle einen riesen Spaß – außer dem Heeresmusikkorps und seinen Gästen natürlich. Aber so schön es auch ist, auf gelungene Aktionen zurückzublicken... Am 20. Juli veranstaltet die Bundeswehr das nächste Konzert, diesmal allerdings mit pseudo-humanitärem Antlitz.

Einen aktionsreichen Sommer wünscht euch

Eure Redaktion

Abschiebung in Delmenhorst verhindert

Delmenhorst Die Abschiebung des 28 Jahre alten Delmenhorsters Fitim M. nach Serbien konnte zumindest vorerst verhindert werden. Die Ausländerbehörde und die Polizei hatten den für den 31. Mai auf 4 Uhr morgens angesetzten Abschiebetermin kurzfristig verworfen – angesichts von über 100 Unterstützer_innen, welche sich schon in den frühen Morgenstunden vor Fitims Haus versammelt hatten, um die Abschiebung zu verhindern. „Der Verzicht auf die Abschiebung hatte einsatztaktische Hintergründe", sagte dann auch ein Sprecher der Delmenhorster Polizei gegenüber der taz. „Das ist nur aufgeschoben", an der Sachlage habe sich nichts geändert. Die Massenabschiebung, in deren Zuge auch Fitim abgeschoben werden sollte, fand mit rund 150 Menschen trotzdem statt und ordnet sich ein in eine Reihe von Abschiebungen nach Ex-Jugoslawien, die gerade alle paar Wochen stattfinden.

Im Vorfeld hatte die konservative Presse der Region eine Schmutzkampagne gegen Fitim gestartet. Es sei doch legitim ihn abzuschieben, da er ja kriminell wäre – immerhin wurde er von einem Sportgericht für mehrere Fußballspiele gesperrt! Ignoriert wurden dabei die Tatsache, dass Fitim in Deutschland aufgewachsen ist, kein Serbisch spricht, dort als Roma verfolgt würde, dort keine Familie hat, behindert ist und also ins absolute Elend abgeschoben werden würde. Um diese Probleme auf „elegante" Weise aus der Welt zu schaffen, hat sich die Stadt Delmenhorst etwas ganz besonderes ausgedacht: Sie würden Fitim aus der Kommunekasse die Fahrt von Serbien in den Kosovo finanzieren und ihm monatlich fünfzig Euro zukommen lassen. Von diesen Absurditäten und der Schmutzkampagne lassen sich die Unterstützer_innen allerdings nicht beirren. Infos und weitere Aktionen unter: http://hiergeblieben.blogsport.de/

Demo gegen Flüchtlingslager

Bremen Über 400 Menschen haben am 14. Mai in Bremen gegen die systematische Diskriminierung und Entrechtung von Flüchtlingen demonstriert – unter ihnen über 100 (mehrheitlich afghanische) Bewohner_innen der drei Bremer Flüchtlingslager. Konkret wurde die sofortige Schließung aller Lager in Bremen gefordert. Grundsätzlich ging es aber um mehr: um die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie aller anderen rassistischen Sondergesetze (etwa der Residenzpflicht), um ein Bleiberecht für alle und um globale Bewegungsfreiheit. Darüber hinaus wurden in mehreren Redebeiträgen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration thematisiert. Nicht zuletzt die Situation in Afghanistan hat eine wichtige Rolle gespielt. Der Demonstration war ein antirassistischer Autokorso quer durch Bremen vorausgegangen (inklusive Lautsprecherwagen) – und

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

zwar vom Flüchtlingslager Wardamm zum Flüchtlingslager Ludwig-Quidde-Straßen, dem Auftaktort der Demo.

Die Demo ist Ausdruck der Dynamik einer sich formierenden Selbstorganisierung von Flüchtlingen und Unterstützer_innen. Es beteiligten sich diverse Initiativen und Gruppen.

Salzwedel: Brandanschlag und Naziaufmarsch

Salzwedel In der Nacht vom 11. auf den 12. Mai wurde das Autonome Zentrum Salzwedel Ziel eines Brandanschlags. Dabei wurden mehrere Molotovcocktails an die Hauswand und den Eingangsbereich geschleudert. Verletzt wurde bei diesem Angriff glücklicherweise niemand, es entstand allerdings erheblicher Sachschaden. Für die Antifaschistische Aktion Salzwedel steht der Brandanschlag im Zusammenhang mit dem Naziaufmarsch am 14. Mai in der Stadt. Die „Freie Nationalisten Altmark West" hatten unter dem Motto „8. Mai – wir feiern nicht!" eine Aufmarsch angemeldet. Durch zahlreichen Blockaden konnten mehrere hundert Menschen den Marsch der (Neo)nazis durch das Zentrum der altmärkischen Kleinstadt Salzwedel zunächst verhindern. Allerdings prügelte die Polizei den 150, größtenteils angereisten, (Neo)naziaktivist_innen eine kurze Strecke am nördlichen Stadtrand gegen den entschlossen Widerstand von Antifaschist_innen frei.

Brechmittelprozess: Polizeiarzt erneut freigesprochen

Bremen Im vergangenen Jahr hatte der Bundesgerichtshof den Freispruch des Polizeiarztes, der den Tod von Laye Alama Condé zu verantworten hatte, aufgehoben. Es kam zu einem zweiten Prozess wegen fahrlässiger Tötung vor dem Bremer Landesgericht. Dem angeklagten Polizeiarzt wird dabei vorgeworfen, Ende 2004 dem mutmaßlichen Drogendealer Laye Alama Condé im Bremer Polizeigewahrsam gewaltsam Brechmittel eingeführt zu haben, woraufhin Condé ins Koma fiel und anschließend starb.

Am 14. Juni wurde der angeklagte Polizeiarzt erneut freigesprochen. „Die Kammer hat alles getan, um die Todesursache zu klären", gab der vorsitzende Richter heute bei der Urteilsbegründung an. Das sei jedoch nicht eindeutig gelungen, auch wenn viel dafür spreche, dass das Opfer langsam ertrunken sei. „Alle Gutachter mussten einräumen, dass es Ungereimtheiten gibt." Nach eingehender Beratung sei man deshalb zu der Auffassung gekommen, im Zweifel für den Angeklagten zu entscheiden. Auch eine Vorschädigung des Herzens könnte zum Tod Condés geführt haben.

2006 hat der Europäische Gerichtshof den Einsatz von Brechmitteln in Deutschland verurteilt, weshalb diese Methode, um verschlucktes Rauschgift aus dem Körper zu spülen, inzwischen nicht mehr angewendet wird. Für Condé kam diese Entscheidung allerdings zu spät.

Staatsanwaltschaft und Nebenklage haben Revision eingelegt.

Flüchtlinge boykottieren diskriminierende Wertgutscheine

Hennigsdorf Seit dem 1.Juni boykottieren die Bewohner_innen aus dem Flüchtlingslager in Hennigsdorf die Annahme der Gutscheine. Beispielsweise am 8 Juni gab es erneut den Versuch einer Gutscheinausgabe durch das verantwortliche Sozialamt Oranienburg. Allerdings haben sich die Leute durch die in voller Einsatzmontur ausgerüstete Polizei und die Drohungen des Sozialamtes nicht einschüchtern lassen. Die Annahme der Gutscheine wurde mehrheitlich nachdrücklich verweigert! Mitarbeiter_innen des Sozialamtes drohten mit Sanktionen für den nächsten Monat: Für jede Person, welche die Gutscheine in diesem Monat ablehnt, soll die Leistung im Folgemonat Juli komplett gestrichen werden. Die Anwesenden haben sich jedenfalls nicht einschüchtern

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

lassen und wollen weiter kämpfen!

In einem Drittel der Brandenburgischen Landkreise wird die Versorgung von Flüchtlingen immer noch durch Wertgutscheine, das so genannte Sachleistungsprinzip, gewährleistet. Die anderen Landkreise haben ihr System bereits auf Geldleistungen umgestellt. Der Landkreis Oberhavel, der für das Flüchtlingslager Hennigsdorf zuständig ist, beharrt trotz der dadurch entstehenden Mehrkosten auf den Sachleistungen. Diese Wertgutscheine ermöglichen es den Flüchtlingen lediglich in einigen Supermarktketten ihre Nahrungsmittel zu besorgen, die diese Wertgutscheine akzeptieren. Günstigere Angebote auf Wochenmärkten oder in kleineren Läden bleiben für die Flüchtlinge ebenso unerreichbar wie Spielzeug, Fahrkarten und viele Hygieneartikel.

Gerade für Familien mit Kindern bedeutet dies eine erhebliche Einschränkung. Der Schritt, den die Flüchtlinge des Lagers in Hennigsdorf machen, ist sehr mutig. Immerhin sind sie durch den Boykott auf Nahrungsspenden und weitere Zuwendungen angewiesen. Der Streik soll möglichst solange aufrecht erhalten werden, bis auf Geldleistungen umgestellt ist. Aktuelle Infos gibt es auf http://gutscheinboykott.blogsport.eu.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

HAUS »FRIEDENSBRUCH« FOREVER!

Seit dem 14. Mai existiert nun das (wieder-)besetzte Haus »Friedensbruch« am Theaterwall 24 a – wunderbar zentral gelegen zwischen Innenstadt und Staatstheater. Nachdem die erste Besetzung des denkmalgeschützen und seit Jahren leerstehenden Hauses am 11. April nach nur wenigen Tagen rüde durch die Polizei beendet wurde, scheint es diesmal wesentlich besser zu laufen. Die fleißigen Instandbesetzer_innen planen auf jeden Fall schon die Zukunft ihres kulturellen, selbstverwalteten Wohnprojekts, welches sich zum Symbol gegen die unhaltbare Wohnraumsituation in Oldenburg entwickelt hat. Durch tägliches Werkeln und ein erstes größeres Bauwochenende ist das Gebäude schon jetzt bewohn- und nutzbar geworden.

Die fast unglaubliche Symphatiewelle , die dem besetzten Haus in der Stadt engegengebracht wird (und welcher sich selbst die NWZ nicht entziehen konnte), hat wohl auch die Spaßverderber_innen solcher Projekte nachhaltig beeindruckt. Die Stadtverwaltung äußert sich einfach gar nicht zu der Besetzung, sondern stellte lediglich fest, dass sie gegen Leerstand keine Handhabe sehe. Polizei-Chef Johann Kühme sieht »keine unmittelbare Gefahrenlage« drohen und verkündete ergänzend (juristisch bei einem Dauerdelikt wohl aber nicht ganz zutreffend), dass ein zurückgenommener Strafantrag nicht nochmals gestellt werden könne und ein weiteres Eingreifen der Polizei daher unwahrscheinlich sei. Viel deutlicher können Verwaltung und Polizei kaum deutlich machen, dass sie sich an dieser Thematik nicht die Finger verbrennen wollen. Und die Eigentümer, eine gewisse Familie Thomas? Sie zeigen nicht das geringste Interesse an dem Haus, nachdem ein schon gestellter Strafantrag wegen Hausfriedensbruch von ihnen überraschend wieder zurückgezogen wurde. Und unverhohlen ließen sie verlauten, dass in den nächsten Jahren weder Sanierungsmaßnahmen noch ein Verkauf geplant sei. Bisher also beste Aussichten für das Haus »Friedensbruch«. Und so kann mensch mal überraschenderweise mit dem Polizei-Chef Kühme völlig d'accord gehen, als jener sagte: »Wir würden es begrüßen, wenn eine dauerhafte Lösung erarbeitet würde«. Eine »dauerhafte Lösung« haben die Besetzer_innen und ihre Symphatiesant_innen in den letzten Wochen jedenfalls eindrucksvoll auf den Weg gebracht.

Über die Besetzer_innen

Wir sind eine Gruppe junger und jung gebliebener Aktivisten, die es stört, wie in Oldenburg mit den Häusern umgegangen wird, und dass sich niemand um ein vernünftiges und bezahlbares Wohnungsangebot kümmert. Ausserdem fehlt es in Oldenburg an Kultur für den kleinen Geldbeutel, wodurch Menschen ins soziale Aus gedrängt werden.

Das sind die Beweggründe aus denen wir das Haus am Theaterwall besetzt haben.

Es soll aber nicht bei einem Symbol bleiben. Wir haben Vorstellungen, Träume und Ziele mit dem Haus. Wir wollen das Haus instand setzen, sanieren und renovieren. Wir wollen Veranstaltungen verschiedener Art gegen Spende oder einen kleinen Obolus anbieten. Wir wollen Raum schaffen, in dem Menschen sich treffen und selbst verwirklichen können.

Wenn Du / Ihr den Raum für Veranstaltungen, Treffen oder so nutzen wollt, kontaktiert uns einfach.

Postanschrift
„Haus Friedensbruch“
Theaterwall 24a
26122 Oldenburg

Telefon (von 16 bis 20 Uhr)
0157 / 77 34 65 11

Email
instandbesetzer@gmx.de

Blog
hausfriedensbruch.wordpress.com

Text von [regentied]

Bundeswehrkonzert in Oldenburg zum Desaster gemacht

In Gedenken an all jene, die von der nationalsozialistischen Herrschaft in Konzentrationslagern, auf der Straße, in den Kriegsgefangenenlagern oder von der Wehrmacht ermordet worden sind. Kein Vergeben, kein Vergessen!

Wir haben heute die militaristische und geschichtsrevisionistische Botschaft des Bundeswehrkonzerts im Oldenburger Schlossgarten übertönt und massiv gestört. Das große Polizeiaufgebot von vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei, der Hundestaffel und Feldjägern konnte nicht verhindern, dass der vielfältige Widerstand diesen Tag für die Bundeswehr und die anwesenden Militarist_innen zum Desaster machte. Sambamusik, kämpferische Chormusik, Tröten, Gestank, Boote, Sabotageaktionen und Rufe machten das Konzert ungenießbar – viele der 200-300 anwesenden Militarist_innen gingen extrem genervt schon während des Konzerts. Zur gleichen Zeit gab es eine Gegenkundgebung am Pulvertum, die sich im Anschluss in eine ausgelassene Demo mit 150 Leuten verwandelte.

Das heutige Bundeswehrkonzert im Schlossgarten sollte die Patenschaft der Stadt Oldenburg mit den örtlichen Bundeswehreinheiten vertiefen, um den Oldenburger_innen den Militarismus und die Kriege der BRD näher zu bringen. Die Kundgebung in der Gartenstraße konnte nicht wie geplant stattfinden, da die Polizei diese komplett abgesperrt hatte, allen Eintrudelnden Platzverweise erteilte und den Lautsprecherwagen mit fadenscheinigen Argumenten aufhielt. Davon ließen sich die insgesamt mehr als 200 Antimilitarist_innen und Antifaschist_innen aber nicht aufhalten. Die Sambagruppe „Rhythms of Resistance" ließ die Marschmusik vom anderen Ufer aus untergehen. Nach einer halben Stunde rhythmischen Superlärms wurde sie – teilweise brutal – des Platzes verwiesen. Die öffentliche Chorprobe wurde ebenfalls rüde unterbrochen, nicht jedoch ohne ihren Unmut über Militarismus und Geschichtsrevisionismus singend kundzutun. Aus Tretbooten vom Wasser aus – unerreichbar für die offensichtlich genervte Polizei – wurde das Konzert durch Tröten massiv belästigt. Als sich dann auch noch ein Aasgeruch auf der Konzertwiese ausbreitete und nicht nur die Rede von Oberbürgermeister Schwandner durch gut getimetes Steckerziehen unterbrochen wurde, wurde es für die Konzertbesucher_innen unerträglich, die daraufhin zahlreich das Konzert vorzeitig verließen. Aus dem Publikum heraus wurden anlässlich des 8. Mai antifaschistische Parolen gerufen, wie beispielsweise „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!". Diese wurden von den Konzertbesucher_innen mit Hetze beantwortet. Antimilitarist_innen gehörten ihrer Meinung nach „erschossen" oder „ins Arbeitslager". Das Konzert konnte zu keiner Zeit störungsfrei ablaufen. Eine Gegendemonstrantin sagte dazu: „Die

Protestaktionen waren ein voller Erfolg. Die Vielfalt des Widerstands hat das Konzert zum Desaster gemacht." Anschließend gingen 150 Antimilitarist_innen und Antifaschist_innen als Demonstration zum autonomen Zentrum Alhambra.

Die Auftritte der Bundeswehr im Schlossgarten fanden bisher jährlich statt und passen perfekt in die aggressive Öffentlichkeitsarbeit einer Armee, die um jeden Preis – und heute offensichtlich vergeblich – um Anerkennung und Legitimation ringt. Der diesjährige Auftritt zeugte zusätzlich von einem erschreckenden Umgang mit deutscher Geschichte. Der 8. Mai scheint für die Veranstalter_innen und die Bundeswehr ein Tag wie jeder andere zu sein. Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern ist er in der Bundesrepublik kein Feiertag und im öffentlichen Bewusstsein kaum oder gar nicht präsent. Für uns ist der 8. Mai der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Am 8. Mai 1945 zwangen die Alliierten Nazi-Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation. Das bedeutete das Ende des von Deutschland begonnenen Weltkriegs und das Ende der industriellen Massenvernichtung von Millionen Jüdinnen und Juden, von Sinti und Roma, von Menschen mit Behinderung, von Schwarzen, von Homosexuellen, von sogenannten Asozialen, von politischen Gefangenen. Umso empörter sind wir, dass die Bundeswehr und die Stadt Oldenburg sich erdreistet haben, diesen Tag für eine Propagandaveranstaltung nutzen zu wollen.

Für heute und die Zukunft heißt das: Die zivil-militärische Patenschaft, die durch das Konzert gefördert werden sollte, gilt es nicht zu pflegen, sondern zu beenden und die sogenannten „Bürger in Uniform" als Mörder_innen zu enttarnen. Wir haben keine Lust ein Teil des neuen deutschen Großmachtstrebens zu sein und kämpfen für eine solidarische Perspektive jenseits von Kapitalismus, Nation, Patriarchat, Rassismus und Krieg.

Gruppe „Antimil-Oldenburg"

Mehr Infos unter www.antimil-ol.tk.

Demo

Am 14. Mai 2011 fand in Oldenburg eine Demo unter Motto: „Kick it! Zwang zur Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit zu Fall bringen!“ statt. Die Demo bezog sich dabei auf den 17.Mai, dem internationalen Tag gegen Homophobie, erweiterte diesen jedoch um den Aspekt der Trans*phobie. Um die 80 Aktivist_innen aus, unterschiedlichsten politischen Spektren machten die unangemeldete Demo zwar zu einer kleinen, aber feinen Sache. Vor allem, dass die Demo sich aus Teilnehmer_innen verschiedenster Zusammenhänge zusammensetzte, kann als Positiv bewertet werden. Es gab viele verschiedene, mehrsprachige Redebeiträge und eine Skulptur wurde eingeweiht. Angefeuert wurde die Demonstration von einer Gruppe radical Cheerleader_innen.

Der Abgedruckte Redebeitrag wurde am Rathausmarkt, bei der Einweihung der Skulptur, gehalten. Den Aufruf für die Demo findet ihr in der Alhambra Zeitung Mai/ Juni 2011 oder unter queeringol.blogsport.de.

Redebeitrag

Wir sind heute hier, um auf den 17. Mai, den internationalen Tag gegen Homophobie und Trans*phobie aufmerksam zu machen. Damit möchten wir ein Zeichen setzen gegen die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen, die sich als lesbisch, schwul, intersexuell, trans*sexuell/gender, bisexuell, asexuell, queer.....bezeichnen oder sich nicht in bestehende Kategorien von Sexualität und Geschlecht pressen lassen wollen oder können.

Verfolgung und Ermordung ist und war für Menschen, die offen außerhalb der heterosexuellen Normen und des Zweigeschlechtermodells lebten und leben leider immer Teil der Geschichte.

In Deutschland gab es schon im Preußen des 18. Jhdt. den § 175, der gleichgeschlechtlichen Geschlechtsverkehr unter Strafe stellte. Dieser Paragraph hielt auch über die Weimarer Republik an und wurde dann unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1935 extrem verschärft, so dass nun auch angebliche anzügliche homosexuelle Gesten und Blicke bestraft wurden. Im Laufe der 12 Jahre nationalsozialistischer Diktatur wurden viele Menschen, die nicht in die völkische Ideologie passten, verfolgt und ermordet, unter ihnen waren auch homosexuelle, trans* und zwischengeschlechtliche Menschen. Sie wurden verhaftet, in Konzentrationslagern gedemütigt, gequält, ermordet. Sie wurden zwangskastriert, zwangssterilisiert, zwangstherapiert und in medizinischen, häufig tödlichen Versuchen misshandelt. Die von ihnen, die überlebt haben konnten zumeist aber auch in der post-nationalsozialistischen BRD nicht von ihren Leiden erzählen, denn bis 1969 wurde die nationalsozialistische Fassung des § 175 weitergeführt. Endgültig straffrei wurde Homosexualität in der BRD erst 1994!

Doch auch wenn heute in vielen Staaten Homosexualität legal ist und auch Trans*identitäten , wenn auch unter starker gesetzlicher Regulierung teilweise lebbar sind, so gibt es doch alltägliche Gewalterfahrungen, die wir machen müssen. Viele Les_bi_schwule_Trans*_Inter_A_queer[1] -lebende Menschen wurden und werden abgewertet, nicht ernst genommen, gedemütigt, verprügelt, erpresst, bedroht, ermordet – jeden Tag. Auf der Straße, zu Hause, in Discos, in öffentlichen Verkehrsmitteln, bei der Arbeit, in Bildungsinstitutionen, Krankenhäusern und Ämtern.

Wir möchten diese Skulptur den Menschen widmen, die diese Gewalt erleben müssen und mussten! Wir möchten diesen Menschen, die oft unsichtbar gemacht wurden und werden, hiermit gedenken und einen sichtbaren Platz geben. Die Begriffe auf der Skulptur stehen symbolisch für die Gewalterfahrungen.

Es gab und gibt seit je her auch Widerstand gegen die unterdrückenden Verhältnisse. Eins der bekanntesten

internationalen Ereignisse der Widerstandsbewegungen des 20. Jahrhunderts war wohl der Stonewall-Aufstand in den USA. Am 28. Juni 1969 wird Judy Garland, die berühmt geworden war durch ihre Rolle als Dorothy im Zauberer von Oz und ihrem Lied „Somewhere over the rainbow", beigesetzt. Bei ihrer Trauerfeier versammeln sich Lesben, Butches und Femmes, Drag-Queens, Schwule, Bisexuelle und Stricher in der Bar „Stonewall Inn" in der New Yorker Christopher Street 53. Sie wollen der Diva gedenken. Oft waren brutale Razzien der Polizei an der Tagesordnung – Alkoholausschank an Nicht-Heterosexuelle war verboten, gleichgeschlechtliche Paare durften nicht miteinander tanzen, jede_r musste mindestens drei Kleidungsstücke entsprechend ihrem_seinem angeblichen biologischen Geschlecht tragen. Kollektiver öffentlicher Widerstand gegen die polizeiliche Willkür war nicht bekannt – bis zu diesem Abend. Dass nun selbst das trauernde Gedenken an die Ikone Judy Garland gestört wird und die Polizei wieder brutal knüppelt, führt zu einer gemeinsamen Auflehnung, zum „Aufstand der Peversen". Der Widerstand ist so stark, dass sich die Polizei im Stonewall Inn verschanzen muss und auch ein herangerufenes Sonderkommando die Lage nicht in den Griff bekommt. Aus umliegenden Bars und Kneipen eilen Menschen heran, um die Revolte gegen die Polizei zu unterstützen. Am nächsten Tag, nach einer weiteren Razzia, flammt der Widerstand erneut auf – und endet erst nach mehreren Tagen, als der Chef der New Yorker Polizei die Razzien untersagt. An diesem „Aufstand der Perversen" wird mit den alljährlich stattfindenden Christopher Street Day-Paraden in vielen Städten weltweit erinnert.

Deutlich wird schon aus diesen Beschreibungen wie vielfältig diese Szene war. Die Trauer um Judy Garland, die Wut auf die Polizei, die alltäglich erlebte Ausgrenzung und Abwertung aufgrund von Geschlecht aber auch der immer präsente Rassismus, setzten Kräfte frei, mit denen gemeinsam gekämpft und dieser große Erfolg erreicht wurde. Die Betonung liegt dabei auf gemeinsam. Es waren aber nicht schwule Polizisten, Schwule in der Armee und Schwule in einer bürgerlichen Mittelschicht, sondern Lesben, Butches und Femmes, Schwule, Dragqueens, Stricher, Trans*jungs, Divas, häufig Schwarze und selbstdefinierte Latina_os, und Jugendliche ohne ein zu Hause, die zusammen kämpften. Der Banker, der heimlich auch mal schwulen Sex hatte und der Konservative, der sich vor den Verboten ins Private flüchtete, stritten dort nicht – dafür allerlei Les_bi_schwule_Trans*_Inter_A_queer-lebende Menschen die von der bürgerlichen Homoszene nicht gewollt waren. Das Stonewall Inn war ihnen ein Zuhause, das sie radikal gegen die Polizei verteidigten.

Diese Skulptur ist allen Menschen gewidmet, die im Laufe der Geschichte Widerstand geleistet haben! Menschen, die sich aufgelehnt haben und Menschen, die sich heute auflehnen gegen die erdrückenden Verhältnisse!

Wir möchten diese Skulptur auch als eine Art Hoffnung setzen. Hoffnung auf ein Leben, das selbstbestimmt und zauberhaft ist und wird! Der Widerstand und die Hoffnung sollen durch den bunten Stoff dargestellt werden.

Wir wollen, dass alle Menschen mit Freude und Neugierde ihre Sexualität und ihr Geschlecht selbstbestimmt gestalten können - ohne negative Reaktionen, Übergriffe und der ständigen Angst davor! HIER – JETZT – UND ÜBERALL!

[1] Lesbisch, Bisexuell, Schwul, Trans*menschen, Intergeschlechtliche Menschen, Asexuelle, queer- handelnde Menschen. Uns ist bewusst, dass wir bei dieser Aufzählung wieder Selbstverständnisse nicht benennen und wünschen uns dass die Freiräume _ Platz lassen für selbstdefinierte Lebensentwürfe jenseits der herrschenden Geschlechter- und Sexualitätsnormen.

You do not hear us!

Die unbekannte linke und feministische Opposition in Afghanistan

Fast täglich berichten die Medien über den Krieg in Afghanistan, über den NATO-Einsatz und über Kämpfe mit den Taliban. Deutlich seltener ist von der linken und feministischen Opposition im Land zu hören. Mechthild Exo reiste im Frühjahr zum wiederholten Male nach Afghanistan. Sie kritisiert die Friedens- und Konfliktforschung dafür, dass sie Basisbewegungen unsichtbar macht und politische Kontroversen vermeidet. Auf ihren Forschungsreisen sucht die Autorin daher den solidarischen Austausch mit den „unbekannten Bewegungen".

„Warum habt ihr nicht demonstriert, als das deutsche Militär Zivilisten getötet hat?", fragt Asir. Gerade sprachen wir über die deutsche Verantwortung für den Tod von etwa 150 Menschen durch die Bombardierung von Tanklastzügen bei Kunduz. Asir ist eine junge Frau aus der Provinz Nangahar. Anfang März wollte sie an einer Demonstration in Kabul anlässlich der Tötung von über 60 ZivilistInnen durch wiederholte Bombardierungen in der Provinz Kunar teilnehmen.

Die Wut gegen die immer größer werdende Zahl getöteter ZivilistInnen und gegen die als Besatzungsverhältnis begriffene Situation wurde auf der Demonstration am 6. März durch zahlreiche Banner, Parolen und durch das Verbrennen einer Obama-Puppe deutlich. Die Namen von neun aus zwei US-Kampfhubschraubern erschossenen Kindern wurden hochgehalten. Am Lautsprecherwagen hing ein großes Transparent mit den Bildern der Leichen von den Luftangriffen mit der Aufschrift „Warum?". Asir war nicht auf der Demonstration. Wie mehrere Hundert andere wurde sie auf dem Anreiseweg durch Straßenblockaden aufgehalten. Als ihr Fahrzeug endlich Kabul erreichte, war die Demonstration bereits beendet.

Ich treffe Asir zusammen mit Mahbuda und Shyma in ihrem Dorf. Shyma beschäftigt derzeit die Idee der Gründung einer Frauen-Shura (Versammlung der DorfvertreterInnen), um endlich stärker gegen häusliche Gewalt vorgehen zu können. Die junge Mahbuda ist bereits Leiterin der lokalen Mädchen-High-school. Sie nimmt sich viel Zeit, um die Familien davon zu überzeugen, dass ihre Töchter die Schule besuchen sollten. Asir geht noch zur Schule. Ihre Bildung nimmt sie sehr ernst. Sie kämpft in ihrem Umfeld dafür, dass Mädchen zur Schule gehen können und ihre Ausbildung nicht wegen früher Verheiratung oder aus anderen Gründen abbrechen müssen.

Frauenbildung als Mittel für revolutionäre Veränderungen

Asir, Shyma und Mahbuda haben RAWA-Schulen besucht. RAWA steht für Revolutionary Association of Women of Afghanistan und hat eine feministische und anti-fundamentalistische Orientierung. Seit 1977 streitet RAWA für Frauenrechte – fast durchgängig im Untergrund. Frauen- und Mädchenbildungsarbeit gilt als wichtiges Mittel für revolutionäre Veränderungen. RAWA-Schulen gab es auch unter den Taliban. Jede der drei Frauen engagiert sich heute auf ihre Art für Frauenrechte. Und sie setzen sich mit der politischen Situation insgesamt auseinander: „Die USA betreiben eine Politik mit zwei Gesichtern. Sie bauen Schulen, und im Hintergrund reden sie mit den Taliban, zerstören und bombardieren Schulen. Sie erpressen die Menschen: Wenn wir euer Land verlassen, werdet ihr in großen Schwierigkeiten sein. Die Taliban sind gefährlich, heißt es, sie schließen eure Schulen, Frauen werden keine Rechte haben. Sie setzen die Menschen unter Druck, damit sie ihre Militäraktionen fortsetzen können. Das schafft eine Rechtfertigung für Militärstützpunkte, die ewig hier bleiben."

Die drei Frauen erklären, dass sie zuerst noch an einen sinnvollen Wiederaufbau durch die USA glaubten. Umgesetzt wurden jedoch nur Projekte mit militärischem Nutzen. Für die Lebensbedingungen der Menschen in Afghanistan seien keine Verbesserungen sichtbar. Der Grund dafür sei, dass es nicht um die Menschen, sondern um geopolitische Kontrolle der Region gehe. Dafür wollen die USA eine permanente militärische Präsenz etablieren. Die Taliban seien einst von den USA ins Leben gerufen worden und erfüllten auch heute eine wichtige Funktion. Opfer in dieser schwierigen Situation sei die afghanische Bevölkerung. RAWA ist in der Region und im ganzen Land aktiv, erzählen die drei jungen Frauen. „Wenn wir Probleme haben, können wir RAWA um Hilfe bitten", sagt Shyma. RAWA betreibt Schulen und Kliniken und hilft Mädchen, eine gute Schulbildung zu bekommen. Eigentlich eine wichtige und „schöne" Rolle, um die Demokratie in Afghanistan voranzubringen. Doch die Stimme von RAWA werde unterdrückt, insbesondere durch die USA, erklärt Asir.

Am nächsten Morgen treffe ich Ashaq Gharsy, den Leiter von Hezbe-Hambastagi (Solidaritätspartei) für die Provinz Nangahar. Obwohl RAWA im Untergrund arbeitet, kennt er die Organisation gut. Vor allem schätzt er die RAWA-Zeitung Payam-e-Zan (Mitteilung der Frauen). In Jalallabad organisiert die Solidaritätspartei seit sechs Jahren am 8. März, dem Internationalen Frauentag, trotz enormer finanzieller Proble-

me der Partei, eine große Versammlung mit Reden, Musik und Theater – gegen Frauenunterdrückung.

Eine neue Form von Kolonialismus

Hezbe-Hambastagi ist eine offen agierende links-demokratische, Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit fördernde Oppositionspartei. Als konsequent anti-fundamentalistische Organisation richtet sie sich gegen die Regierung und gegen das als Besatzung wahrgenommene internationale Militär. Hezbe-Hambastagi arbeitet an der Basis. Zu den Parlamentswahlen hat die Partei nicht kandidiert: In einem Parlament, das zu 90% mit reaktionären Warlords und Fundamentalisten, Land- und Drogenmafia besetzt ist, gibt es ihrer Meinung nach kaum Möglichkeiten für Veränderungen.

Stattdessen organisiert Hezbe-Hambastagi zahlreiche Demonstrationen. Denn so können die unzufriedenen Menschen die Erfahrung machen, dass sie etwas tun und Stärke gewinnen können. In den letzten zwei Jahren wurden zwölf Demonstrationen in verschiedenen Provinzen durchgeführt. Zum Beispiel am 19. August 2010 in Jalallabad: Zum Unabhängigkeitstag, dem Tag des historischen Sieges gegenüber den britischen Versuchen der Kolonialisierung, wurde die Ablehnung des neuen Kolonialismus mit einer Demonstration auf die Straße getragen. Oder am 29. Januar 2011: Da wurde in Herat, Mazar-i-Sharif, Kabul und Jalallabad aus Solidarität mit den Gefangenen der anti-fundamentalistischen Freiheitsbewegung im Iran gegen Khomeini und Ahmadinedschad und deren Hinrichtungspraxis demonstriert.

Ende Januar 2011 hat Ashaq Gharsy Drohungen vom afghanischen Geheimdienst erhalten. Er wurde festgenommen und aufgefordert, die Aktivitäten einzustellen. Seine Antwort: „Wenn ihr mich dafür ins Gefängnis stecken wollt, dann müsst ihr das tun." Er macht weiter und betont, wie wichtig es gerade jetzt ist, öffentlich mit der von ihnen formulierten Kritik aufzutreten: „Wir haben große Probleme mit unserer Sicherheit. Aber wir müssen die Risiken eingehen. Wir kämpfen gegen eine korrupte Regierung. Außerdem hat das US-Militär das Land besetzt. Es ist eine Form von neuem Kolonialismus. Dagegen wollen wir kämpfen. Gerade jetzt müssen wir offen und in der Öffentlichkeit reden – die USA wollen permanente Militärstützpunkte durchsetzen und wir einen starken Kampf gegen diese Situation entwickeln."

Viele Oppositionelle sehen als zentrales Problem, dass die Macht im Land weitgehend in den Händen von Warlords und Antidemokraten ist. Der Versöhnungs- und Verhandlungsprozess mit den Taliban und der Hektmatjar-Gruppe wird kritisiert als Verbrüderung mit den bisher noch nicht eingebundenen Fundamentalisten und reaktionären Gruppen.

Thank you for showing us the way out!

Dass die Taliban oder andere der derzeitigen illegalen bewaffneten Gruppen in der deutschen Linken als „Widerstand" oder gar „antiimperialistischer Widerstand" bezeichnet werden, stößt innerhalb der linken und feministischen Organisationen in Afghanistan auf großes Unverständnis. Das sei kein Widerstand, sondern ein (Schein-)Gefecht um Macht.

Ashaq Gharsy betont, dass ihr Kampf etwas ganz anderes sei als die Opposition der Taliban – auch wenn er vielleicht eines Tages bewaffnet geführt werden müsse. Wieso wird den reaktionären, frauenfeindlichen und in jeder Weise dem Leben feindlich eingestellten Gruppen eine positiv besetzte Rolle zur Beendigung des Krieges zugeschrieben, fragen Linke und Feministinnen in Afghanistan. Insbesondere für die Frauenorganisationen sind die Verhandlungen mit den Taliban und mit Gulbuddin Hekmatjar ein Schrecken. Menschrechtsorganisationen kritisieren, dass in politischen Deals mit den Taliban die Gerechtigkeit geopfert wird.

„You do not hear us!" hieß es in einem Brief der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) an die Internationale-Kabul-Konferenz im Juli 2010. Die Forderungen der Organisationen der Opfer und Hinterbliebenen sowie anderer Gruppen, die sich für einen Prozess von Transitional Justice einsetzen, werden kontinuierlich übergangen. TJCG argumentiert in dem Brief, dass ein Friedensprozess als Verhandlung mit den Taliban der die Frage der Gerechtigkeit bezüglich begangener Verbrechen nicht einbezieht, keinen Frieden bringen kann. Frieden brauche Gerechtigkeit, doch in Afghanistan wurde ein System der Straflosigkeit gefestigt und den alten Verbrechern der Weg in gesellschaftliche Machtpositionen geebnet. Das müsse durchbrochen werden. „Der Aufbau einer Gesellschaft, die auf menschlichen Werten und Würde basiert, benötigt die Vertiefung und Förderung einer Kultur der Rechtfertigungspflicht. Dagegen wird die Förderung der Kultur der Straflosigkeit für Verbrechen der Vergangenheit und Gegenwart sowie die Ausblendung der Forderungen nach Gerechtigkeit von Millionen Opfern mehrerer Kriegsjahr-

zehnte nicht auf einen Friedensweg führen." Stattdessen werden so Unsicherheit, Krieg und Gewalt dauerhaft fortgesetzt.

Die gegenseitige Stärkung und Inspiration von anti-fundamentalistischen Freiheitskämpfen bedeutet für Linke und Feministinnen in Afghanistan sehr viel. Auf der Demonstration am 6. März in Kabul gab es Plakate, die einen solidarischen Bezug zu den Aufständen in den arabischen Ländern herstellten: „Youth of Iran, Egypt, Tunisia, Libya ... thank you for showing us the way out!"

Bei der feministischen 8. März-Veranstaltung in Kabul war in einer der Reden zu hören: „Wir müssen kämpfen, um Frauenrechte zu erhalten. Unsere Nachbarländer wie Iran, Ägypten, Tunesien sollten unsere Orientierungspunkte sein. Wir sollten uns die Hände reichen und unseren Kampf beginnen. Lang leben Freiheit und Demokratie, die Frauenrechte und die Gleichstellung von Frauen." Bereits 2010 hatte RAWA zum 8. März erklärt, dass ohne einen Sturz der Regierung, die mit dem Einbeziehen von Taliban und Hektmatjar noch mörderischer würde, die Probleme der Menschen nicht gelöst werden könnten.

In den Gesprächen mit verschiedenen afghanischen Aktivistinnen wurde deutlich: Es gibt den Wunsch nach einem solchen Umsturz und nach einem Aufstand gegen die Macht der Warlords. Das wird allerdings nicht in den nächsten Wochen oder Monaten passieren, wird betont. Das Ganze sei ein Prozess, an dem sie arbeiten, der aber viel Zeit brauche. Doch ein Aufstand sei der einzige Weg, um in Afghanistan Veränderungen zu erreichen. Die Linken und Feministinnen in Afghanistan wünschen sich eine Solidarität, die auf Gegenseitigkeit basiert: „Wir brauchen Beziehungen des Internationalismus in der ganzen Welt, nicht nur Beziehungen über die ethnischen Trennungen hinweg und nicht nur die Unterstützung der Menschen in ganz Afghanistan. Und auch wir können andere unterstützen", erklärt Ashaq Gharsy.

Kontakt:
RAWA: www.rawa.org, rawa@rawa.org
Solidaritätspartei: www.hambastagi.org, info@hambastagi.org
TJCG: http://tjcgafghanistan.wordpress.com/
Organisation der Opfer und Hinterbliebenen: www.saajs.org, victimsfamilies@gmail.com

von Mechthild Exo
geklaut aus: analyse&kritik 561

Interview über Repression, Angst, Gewalt und ihre Wurzeln in Ciudad Juárez in Mexiko

DIESE VERDAMMTE ANGST

Die Berichterstattung über die nordamerikanische Grenzstadt Ciudad Juárez konzentriert sich in den hiesigen Medien meist auf den sogenannten Drogenkrieg oder die feminicidios, die zahlreichen Morde an Frauen. Dabei geht oft unter, dass Bundespolizei und Militär nicht nur die Drogenkartelle bekämpfen – wie behauptet wird –, sondern auch für die Repression gegen AktivistInnen verschiedener sozialer Bewegungen verantwortlich sind. Mehr noch, die Militarisierung des Alltags in Ciudad Juárez erlaube überhaupt keinen Aktivismus mehr, Angst lähme die Bevölkerung und eine Besserung sei kaum abzusehen, berichtet Marco, der eigentlich anders heißt, ein Aktivist des politischen Künstlerkollektives Zyrko Nómada de Kombate (www.elznk.net) aus Ciudad Juárez.

Ich habe gehört, dass Du und andere aus Eurem Kollektiv aus Ciudad Juárez flüchten musstet. Was habt Ihr denn dort gemacht, dass es soweit kam?

Erstmal muss ich sagen, dass Ciudad Juárez wohl die gewalttätigste Stadt der Welt ist. Viele sagen, sogar gewalttätiger als Bagdad oder Falludscha im Irak, als Kandahar oder andere Städte in Afghanistan, da die Anzahl der jährlichen Toten in Juárez viel höher ist, als in allen anderen Städten der Welt. In Juárez gibt es einen Krieg, auch wenn das international nicht so anerkannt ist. Wir haben uns also gedacht: Wenn das, was wir dort haben der Tod ist, was können wir dem Tod entgegensetzen? Das Leben. Das haben wir daraus geschlossen. Während die Stadt also militarisiert ist und Konvois von Soldaten und Bundespolizei durch die Stadt patrouillieren und die Stadt und ihre Menschen von Angst dominiert sind, haben wir uns entschlossen das Gegenteil zu machen und dem Tod das Leben entgegen zu setzen.

Und wie sah das dann konkret aus?

Also wir hatten wie gesagt die Schnauze voll von der Angst und dem Terror und wir haben gesagt: Lasst uns auf die Straße gehen und die öffentlichen Parks wieder mit Leben füllen. Die Parks in Ciudad Juárez waren quasi aufgegebene Gebiete, da sich dort niemand angstfrei aufhalten konnte. Es gibt eine stillschweigende Ausgangssperre in der Stadt, offiziell gibt es zwar keine, aber die Leute gehen kaum auf die Straße,

weil sie wissen, dass sie getötet werden können. Wir, Aktivisten und Künstler, haben also angefangen in unserem Stadtteil, in dem wir gelebt haben, die Parks mit neuem Leben zu füllen. Wir haben uns also zusammen getan und haben – da wir wenig Geld hatten – die Leute aus dem Viertel nach einer Musikanlage, nach Papier, Stiften und Farben gefragt und haben dann alles geteilt. Es kamen immer ca. 50 Kinder und dann haben wir Workshops gemacht, gemalt, gesungen und getanzt. Und die verdammten Bundespolizisten und die Soldaten sind vorbeigefahren, aber sie konnten uns nichts anhaben. Die hatten echt Probleme damit umzugehen, weil das waren nicht einfach irgendwelche Leute, sondern 50 spielende Kinder. Also konnten sie uns nichts tun. Und wir hatten die Unterstützung aus dem Viertel und die Leute haben uns gesagt: Ihr habt dem Park wieder Leben und einen Sinn gegeben, geht nicht weg, weil ihr ändert die Sachen hier zum Guten. Und dann hat sich das alles auch in anderen Parks der Stadt wiederholt. Das war unser Schachzug in diesem Krieg.

Aber dann ging das irgendwann nicht mehr?

Ja, genau. Wir haben das letztes Jahr einen ganzen Frühling lang gemacht, aber als der Sommer kam ist die ganze Sache zu heiß geworden und wir mussten aus der Stadt abhauen. In Juárez wird heute jede Art von Aktivismus verfolgt: Politischer Aktivismus oder Soziale Arbeit, sogar kulturelle Sachen oder Menschenrechtsarbeit. Die Stadt ist militarisiert. Wenn uns vorher noch der Park und die Kinder beschützt hatten, in dem was wir aufgebaut haben, so war das jetzt nicht mehr so. Ich meine die kommen mit ihren Waffen der Macht an und was wir hatten als Bewaffnung waren Stifte und Farben, und wenn sie dich dafür umbringen, verdammt! Das bedeutet die Situation ist völlig im Arsch, die Situation ist sehr schlimm. In diesem Krieg haben sie bereits meinen Bruder und meinen Cousin ermordet und wir mussten flüchten aus Juárez. Jetzt sind wir in anderen Teilen Mexikos unterwegs und berichten mittels selbstgemachter Radio- oder TV-Beiträge im Internet von der Situation in Juárez. Außerdem verbreiten wir die Gedanken der Sozialen Bewegungen von unten, die wir auf unserem Weg kennen lernen.

Wie ist die Angst im alltäglichen Leben der Leute in Juárez spürbar? Wie hast Du das selbst erlebt?

Ich musste zwischenzeitlich länger außerhalb von Juárez leben und ich habe den ersten Teil des Krieges in Juárez von außerhalb, in den Nachrichten verfolgt. Als ich nach einiger Zeit mit dem Bus wieder in Juárez ankam, fühlte ich eine Spannung in der Stadt. Ich spürte einen Geruch nach Tod, ich habe den Tod gespürt. Du spürst eine Stadt, in der die Leute krank aussehen; sie sind deprimiert, müde und verängstigt. Ich habe in keiner anderen Stadt in meinem ganzen Leben so ein Gefühl gehabt. Wenn du in einen Stadtbus einsteigst, inspizieren dich die Leute ganz genau und verwenden dabei all ihr wissen in Anthropologie, Psychologie, Soziologie und sogar Hexerei, um herauszufinden, ob die Person, die einsteigt für sie eine Gefahr darstellt, oder nicht. Auf gesellschaftlicher Ebene ist es so, dass die Angst lähmt. Die Leute wissen, dass etwas schlimmes vor sich geht, aber aufgrund der Angst blockieren sie das und versuchen das Leben normal wie immer weiter zu führen. Die Gesellschaft hat sich an die Gewalt gewöhnt, aber die Morde und die Massaker und die gezielten Angriffe auf Aktivisten führen natürlich auch dazu, dass viele sich nicht trauen was zu sagen oder auf die Straße zu gehen. Es ist halt genau diese Angst, dass wenn du zum Beispiel an einem Sonntag um 7 Uhr Abends spontan Lust auf ein Glas Milch hast und du zum Kiosk um die Ecke gehst, dass dann ein Militärkonvoi um die Ecke kommt und sie dich durchsuchen. Sie schmeißen dich auf den Boden und halten dir eine Waffe an den Kopf und dann fragen sie dich: Wer zur Hölle bist du? Sag uns wo du deine Drogen kaufst! Und was machst du verdammt nochmal hier? Und sie treten dich und schreien dich an. Einige, die das erlebt haben, sind heute verschwunden. Wenn an dir ein Militärkonvoi vorbeifährt fragst du dich genau das: Und was wenn sie mich nun verschwinden lassen? Und wenn sie mich jetzt umbringen? Ich habe in Juárez den Krieg als den schlimmsten Ausdruck der Menschheit erlebt, aber ich versuche diese Angst in die notwendige Energie zu verwandeln, um zu sagen: Ich bin wütend! Die verdammte Angst, die ich dort gespürt habe, habe ich in den Treibstoff verwandelt um diesem miesen System entgegen zu schreien, dass ich wütend bin. Und das ist bis heute so.

Warum gibt es denn dort so viel Gewalt und worin liegt deren Ursprung?

Also, das hat viel mit der Geschichte der Stadt zu tun, aber vor allem mit der derzeitigen kapitalistischen Krise. Schau mal, derzeit ist der Kapitalismus in einer Krise, aber das ist auch nichts neues. Ich meine, der Kapitalismus hat regelmäßige Krisen, zwei seiner früheren Krisen haben unter anderem ja auch zu den beiden Weltkriegen geführt. Als die nordamerikanische Wirtschaft in den Jahren 1969-73 anfing Probleme zu kriegen, entschieden die Kapitalisten in den USA Teile des Produktionsprozesses in die Dritte Welt auszulagern. Juárez bot in dieser Zeit ein Aufatmen, eine Pause für den Kapitalismus, so dass die Krise in dieser Zeit abgewendet wurde. In Juárez gab es die ersten Maquiladoras in Lateinamerika, Fabriken in denen zu billigen Löhnen für den Export in die reichen Länder produziert wurde. Juárez hatte 1965 150.000 Einwohner, 2005 waren es 1,5 Millionen. Die Bevölkerung hat sich in dieser Zeit verzehnfacht. Das kam als sie die Maquiladoras hochgezogen haben, weil dann aus dem ganzen Land Leute kamen, die dort gearbeitet haben. Aber als die globale Wirtschaft ihr wahres Gesicht gezeigt hat und die jüngste Krise anfing, brauchten sie nicht mehr so viele Maquiladoras, weil niemand mehr da war, der soviel konsumiert. Daher war Juárez überflüssig. Was machst du mit 350.000 Arbeitern, die nicht mehr für die Produktion gebraucht werden, wohin schickst du die? Wir sind einfach überflüssig, wir sind entbehrlich.

War das letztlich der Grund für die Expansion der Drogengeschäfte und damit auch für den Krieg?

Du musst zunächst sehen, dass Juárez immer schon als Arbeiterstadt geplant wurde. Folglich gab es in Juárez auch nie den Ausbau von öffentlichen Einrichtung in Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport oder Kunst. Das war nie geplant, denn Juárez sollte als Ressort für billige Arbeitskräfte dienen, nicht mehr. Die Bevölkerung der Stadt hat sich verzehnfacht, aber es wurden nie in entsprechendem Umfang Schulen, Kindergärten oder Krankenhäuser gebaut, in diesen Sektoren ist gar nichts gewachsen. Schau mal, 1966 hatte die Stadt 150.000 Einwohner_innen, 5 Maquiladoras und 3 Theater; 2005 hatte die Stadt 1,5 Millionen Einwohner_innen, 300 Maquiladoras und weiterhin 3 Theater! Während die Arbeiter 12 Stunden am Tag in der Maquiladora arbeiten, sind die Kinder vor dem Fernseher, oder in der verdammten Straße. Und wer kümmert sich dort um sie? Das sind natürlich die Drogenkartelle. Es gibt keine Freizeit- oder Bildungsangebote. Aber wenn du immer schon da gelebt hast, es nicht anders kennst und es gar nicht weißt, dass es auch anders sein kann, dann denkst du, dass dies halt so ist im Leben.

Gibt es denn einen Zusammenhang zwischen den Drogenkartellen und dem Staat? Falls ja, wie sieht der aus? Und was hat das alles mit der Gewalt in der Stadt zu tun?

Juárez ist allein schon aufgrund seiner geografischen Position als Grenzstadt interessant. Es liegt in der Mitte der US-mexikanischen Grenze, zwischen den beiden Ozeanen, und ist damit bestens geeignet als Umschlagplatz für Waren, legale und illegale. Die lokalen Unternehmer haben seit Generationen von dieser geografischen Position profitiert und verdienen mit dem legalen Handel Millionen von Dollar, aber noch viel mehr mit dem Drogenhandel. Etwa 60% der Drogen, die in den USA konsumiert werden, kommen über Juárez ins Land, das ist verdammt viel. Die lokalen Eliten besaßen auch immer schon die politische Macht in Juárez und im Bundesstaat Chihuahua, in dem Juárez liegt. Die städtische Polizei war über lange Zeit hinweg der bewaffnete Arm des Kartells von Juárez. Die städtischen Polizeibeamten kassierten viele Jahre lang doppelt, einmal von der Stadt und zudem von den Drogenhändlern. Es gab in Juárez deswegen auch immer schon Tote, einfach weil es eine Drogenökonomie ist, aber in der Größenordnung von 30 Toten pro Monat.

Und warum sind das jetzt viel mehr?

Nachdem Calderón 2006 an die Macht gekommen ist und 2007 den „Krieg gegen die Drogen" erklärt hat, ist alles viel schlimmer geworden. Die Bundesregierung hat sich entschlossen das Kartell von „El Chapo" Guzmán, das Sinaloa-Kartell zu unterstützen. Und Chapo Guzmán hat sich daraufhin entschieden das Kartell von Juárez anzugreifen und ihnen den Ort streitig zu machen. Die Bundesregierung hat den Krieg eskaliert, in dem sie die Bundespolizei und das Militär nach Juárez geschickt hat. Sie haben die Stadt militarisiert. Und was haben sie gemacht? Als erstes haben sie fast 500 lokale Polizist_innen getötet. Einige, die übrig geblieben sind, haben sie als Fahrer für die Militärkonvois beschäftigt, weil sie die Stadt kannten. Aber de-facto haben das Militär und die Bundeseinheiten die Polizei in Juárez ersetzt. Es gibt keine städtische Polizei mehr. Diese existieren zwar noch formal, aber sie kontrollieren nicht mehr die Stadt. Insgesamt wurden in Juárez seit 2007 mehr als 6.000 Menschen umgebracht in diesem Krieg, die meisten hatten nie etwas mit dem Drogengeschäft zu tun.

Aber wenn Juárez durch das Sinaloa-Kartell eingenommen wurde, warum ist dann nicht danach alles viel ruhiger geworden?

Guzmán hat Juárez zwar eingenommen, aber in Form einer Besetzung. In Juárez tritt das Sinaloa-Kartell als Besatzungsmacht auf, zusammen mit den Militärs und der Bundespolizei. Sie kontrollieren Juárez auf diese Weise, aber das Problem ist nicht eine Stadt einzunehmen, das Problem ist eine Stadt zu halten. Das Juárez-Kartell hat die Stadt zuvor 50 Jahre unter seiner Kontrolle gehabt, es waren ganze Familien, die sich da über Generationen Strukturen aufgebaut haben. Ich glaube, sie organisieren sich nun erneut und werden zurückschlagen. Außerdem wird der Krieg sich erneut aufheizen, wenn Calderón 2012 aus dem Amt scheidet und sein Nachfolger – wer auch immer es sein wird – neue Allianzen mit anderen Kartellen aufbauen wird, dann wird es neues Chaos und noch mehr Tote geben.

Warum verhält sich der Staat auf diese Weise?

Ich denke, es ist kein Zufall, dass sich dieser Krieg vor dem Hintergrund einer derart heftigen wirtschaftlichen Krise abspielt. Es ist kein Zufall, dass sich der Krieg in Juárez ereignet, dort wo viele Menschen ohne Arbeit sind. Und es ist auch kein Zufall, dass während diesem Krieg die USA derart viel Militär Richtung mexikanische Grenze bewegt. Direkt gegenüber von Juárez, auf der anderen Seite der Grenze in den USA, in El Paso/Texas, steht die zweitgrößte Militärbasis der USA: Fort Bliss. Diese wird derzeit ausgebaut und nach dem Umbau wird es der größte Militärstützpunkt der USA sein, nur einige Kilometer entfernt von Juárez. Ich denke der Drogenkrieg ist nur ein Vorwand, um die Militarisierung zu rechtfertigen. Die einfachste Möglichkeit mit den Kartellen fertig zu werden, wäre schlicht die Legalisierung der Drogen. Aber warum machen sie das nicht? Ich denke sie bereiten sich auf etwas Größeres vor. Wie ich schon gesagt habe, einige kapitalistische Krisen in der Vergangenheit haben schon zu Kriegen geführt. Ich denke das wird wieder passieren und falls nicht, dann wird es mindestens breite Aufstände durch die Bevölkerung geben. Ein möglicher Aufstand in Mexiko würde bald auch die USA betreffen und darauf bereiten sie sich vor. Die Jugendlichen sind die stärkste Gruppe im Widerstand und daher ist es auch nicht verwunderlich, dass dieser Krieg in Juárez hauptsächlich gegen die Jugendlichen geführt wird, das zum großen Teil Jugendliche in den armen Stadtvierteln

massakriert werden. Das System betrachtet sie als gefährlich.

Wie siehst Du die Zukunft für Ciudad Juárez? Und hast Du eine konkrete Vorstellung, wie die komplexen Probleme gelöst werden könnten?

Ich glaube, dass was wir hier sehen ist lediglich der Anfang. Juárez ist ein Laboratorium für unsere Zukunft. Was in Juárez passiert wird sich auf viele Städte in Lateinamerika ausbreiten. Und genau das passiert ja bereits. Es gibt Massaker in anderen Städten Mexikos, das ganze Land ist schon militarisiert. Wenn wir uns anschauen, welches Ausmaß diese Krise hat, ist es wahrscheinlich, dass sie sehr gewalttätig bearbeitet wird. Ich halte es für wahrscheinlich, dass es US-Militärbasen in Mexiko geben wird. Wir haben bereits kolumbianisches und US-Militär in den Straßen von Juárez gesehen, die das mexikanische Militär dort begleiten und beraten. Was verdammt nochmal haben die dort zu suchen? Um das ganze zu lösen oder damit anzufangen, müssten unterschiedliche Dinge passieren. Zum Einen die Legalisierung der Drogen. Zum anderen eine breite Mobilisierung in der Bevölkerung, die andere Lebensentwürfe dem Kapitalismus entgegensetzt. Allgemein gesagt, bedeutet das das Aufwachen der Bevölkerung, die sich anfängt zu organisieren und sich auf die Suche nach Alternativen macht. Es gibt schon einen verdammten Planeten, der zerstört ist. Jeder sollte sich fragen, was er bereit ist zu tun, damit dieser Planet weiter existiert wie wir ihn kennen und besser. Und wie das läuft, das müssen wir alle gemeinsam herausfinden.

Also Juárez kann nicht isoliert betrachtet werden, meinst Du?

Ja genau. Ich denke ganz Lateinamerika steht am Scheideweg und der Kontinent steht vor der Frage, ob es zu einer Venezolanisierung, oder einer Kolumbianisierung des Kontinents kommen wird. Venezuela ist der Rebell Lateinamerikas und Kolumbien ist der Verbündete der USA und steht für Paramilitärs und Drogenkartelle. Die Frage ist welcher Prozess sich am Ende durchsetzt. Ob es derjenige ist, der von oben kommt, oder der von unten mit all seinen Widersprüchen und Brüchen? Es wird zu einem Zusammenprall kommen und auf diesen Clash bereiten sich die USA vor, deshalb militarisieren sie die Grenze und daher versuchen sie auch eine Rebellion in Mexiko vorzeitig unter Kontrolle zu kriegen. Die Zukunft aber ist offen.

Vielen Dank für das Interview.

Also, ich wollte auch noch sagen, das ich das hier nicht als absolute Wahrheit verkaufen will. Wir wollen gerne darüber debattieren. Es ist halt so, dass wir das alles in Juárez als Aktivisten direkt erlebt haben. Aber wir freuen uns auf eine Auseinandersetzung darüber.

Aus: ila April 2011

Anti-Atom-Protest am 26.4.2010 in Minsk. Auf dem Transparent rechts im Bild steht: „Atomkraft ist eine Zeitbombe“

Wir haben ein Interview mit einem Anarchisten aus Minsk, Belarus (Weißrussland) eingereicht bekommen. Das Interview wurde bereits im November 2010 geführt und kann deswegen nicht alle Veränderungen der politischen Situation nach den Lukaschenko-Wahlen am 19.12.2010 wiedergeben. Einige Fragen zu den Ereignissen am 19.12.2010 in Minsk wurden aber im Nachhinein noch ins Interview mit aufgenommen.

Alle Angeklagten des Protestes vom 2. September haben eine Strafe von 3 bis 8 Jahre Knast bekommen, sie sollen für einen angeblichen Schaden von 20 000 US-Dollar Strafe aufkommen.

Über die Geschichte und Gegenwart des Lukaschenko-Regime

Kannst du in etwa die politische Situation in Belarus beschreiben? Wie hat sich das Lukaschenko-Regime mit der Zeit verändert?

Am Anfang seiner Regierung (1994) stieg Lukaschenko als parteiloser einfacher Kerl von Unten auf, als einer, gegen den alle Politiker_innen waren. Viele haben ihn als die Alternative zu den Nationalist_innen gewählt. Und die Situation verändert sich ständig. Lukaschenko will nach Europa. Zum Beispiel will er irgendwelche Gipfeltreffen besuchen, und ein Star der Welt-Politik sein, er will überall teilnehmen. Momentan sind seine Möglichkeiten in diesen Bereichen sehr begrenzt. Es gibt Sanktionen und viele Politiker_innen wollen ihn nicht einladen.

Diese Situation will er ändern und gibt sich daher als Liberaler. Das funktioniert aber nicht besonders gut. Der Präsident ist sehr paranoid und hat vor noch so kleinen gesellschaftlichen Aktivitäten Angst. Damit hat sich seit 16 Jahren, seitdem er an der Macht ist nichts geändert. In so einer Situation hatte die anarchistische Bewegung nie eine Illusion von Freiheit.

Welche großen Ereignisse in der Geschichte des letzten Jahrzehntes findest du besonders wichtig?

Ein Ereignis – Lukaschenko wurde gewählt. In der ganzen postsowjetischen Geschichte des Landes gab es einige große Aufstände, die ohne Ergebnis endeten. Das hat dazu geführt, dass die Menschen überzeugt sind:„Egal, was wir tun, es ändert sich nichts“. Die jüngste Geschichte kurz skizziert sieht folgendermaßen aus: nach dem Zerfall der Sowjetunion (SU) haben sich die Nationalisten die Macht erobert. 1994 haben sie die Wahlen verloren und befinden sich seitdem in ewiger Opposition. Am Anfang seiner Regierungszeit hat Lukaschenko immer großen Widerstand gegen seine neuen Reformen zu spüren bekommen, hat sie aber trotzdem gemacht. So haben die Menschen den Glauben an ihre eigenen Kräfte völlig verloren. Die OMON (Bereitschaftspolizei) hat ständig von den Menschen aufs Maul gekriegt, wie in den Jahren 1996 und 2000. Trotzdem gab es keinen realen politischen Druck auf die Regime.

Und am Anfang dieses Jahrhunderts wurde alles ganz ruhig. Die Opposition, die von westlichen Förderungen lebt, ist zufrieden mit der Situation. Und Lukaschenko macht seinerseits nicht all zu viel Druck auf sie. Im allgemeinen gibt es eine gegenseitige Zufriedenheit zwischen diesen zwei Kräften. Die Opposition macht einen Zirkus aus dem Widerstand und bekommt dafür die

Förderungen aus dem Westen für die „Entwicklung der Freiheit“ im Land.

Welche politischen und sozialen Bewegungen gibt es heute in Belarus?

Es gibt einen Präsidenten, um welchen viele unterschiedliche Menschen versammelt sind. Sie bilden keine Partei der Macht. Sie sind die Macht. Die politische Opposition, die überwiegend aus Nationalliberalen besteht, hat gar keinen Einfluss auf die Ereignisse im Land. Sie kann nur nach Europa schreiben, dass ihre Rechte verletzt werden? Alles andere sind marginale Gruppen.

Anarchist_innen sind heute eigentlich auch eher marginal, aber bei denen sich in den letzten paar Jahren viel getan. Und die Gesellschaft beginnt, nicht mehr überall nur ein bipolares Muster, in dem es nur Russland und den Rest der Welt gibt, zu sehen. Sondern sie fangen an zu sehen, dass es auch die Interessen von einfachen Arbeiter_innen gibt.

Was ist mit kritischen Medien?

Es gibt staatliche Medien. Diese werden vom Großteil der Bevölkerung konsumiert. Das ist das Sprachrohr der Macht. Dass heißt, es wird darüber die Regierungspropaganda verbreitet. Viele nehmen diese Medien nicht ernst, aber gucken und lesen es weiterhin. Das beeinflusst natürlich die Wahrnehmung, auch wenn du es mit ironischen Abstand betrachtest. Es gibt auch russisches Fernsehen, welches Belarus in der letzten Zeit scharf kritisiert, da es seit kurzem Konflikte zwischen den beiden Staaten gibt.

Darüber hinaus gibt es auch oppositionelle Medien, aber sie unterscheiden sich im Prinzip nicht so sehr von staatlichen. Wenn in staatlichen Medien berichtet wird, dass bei uns alles super ist und woanders schlecht, sagen die oppositionellen das Gegenteil: bei uns ist es scheiße, in Europa ist es gut, lass uns nach Europa gehen und alles wird gut. Die Opposition orientiert sich sehr an Europa. Aber mensch muss sich darüber nicht wundern, da Europa und Amerika die Hauptsponsoren der Opposition sind.

Es gibt auch Indymedia. Momentan ist es die Hauptquelle für Informationen über Repressionen.

Daneben gibt es viele Blogs, die auch mal politisch sind. Es sind keine seriösen Medien, aber da kann viel interessantes gelesen werden, wie die Menschen die Situation in Belarus wahrnehmen.

Und was denken die Menschen so? Wie ist die Stimmung?

Im Allgemeinen ist alles nicht so schlimm. Die Mehrheit glaubt der Regierung überhaupt nicht, auch nicht den Bullen und dem bürokratischen System. Die Menschen machen weiter innerhalb diesen Verhältnissen, nur weil sie keine Alternative sehen. Die oben beschriebene national-liberale Opposition hat sich schon längst diskreditiert. Linke Ideen werden auch ziemlich skeptisch wahrgenommen. Es reicht bereits den Kommunismus oder Sozialismus nur zu erwähnen, dass alle dich gleich für einen schrecklichen Sektierer halten, der die Macht ergreifen, GULAGs aufbauen und alle da rein tun will. Das ist das Erbe der USSR, wo alle vom Kommunismus geschrien haben, aber es keinen gab. In Belarus gibt es immer noch eine kommunistische Partei – genau so schizophren, wie früher: Populismus mit etwas staatskapitalistischem Flair.

„Belarus 1994 – ?“

Was ist dieses Jahr Wichtiges im politischen Leben passiert?

Dieses Jahr gab es mehr Aktivitäten von Anarchist_innen. Es gab einige radikale Aktionen, die noch vor ein paar Jahren undenkbar gewesen waren.

Es ist eine anarchistische Bildungsinitiative „Bespartschkola“ (Unparteiliche Schule) gegründet worden. Einige nicht angemeldete Kundgebungen wurden abgehalten. Aber trotz den anstehenden Wahlen ist das politische Leben ziemlich lahm. Die Opposition fing erst Ende September mit der Agitation an und die Menschen waren nicht besonders interessiert. Die einzige ernstzunehmende Sache ist die Repression und dass mehr Bullen auf den Straßen sind. In einer Stunde kannst du mehrere Streifenbullen sehen und unzählige Wannen. Und das ist nur was offensichtlich ist.

Wie sehen die Beziehungen zu den Nachbarstaaten (Polen, Baltikstaaten und Russland) aus? Warum haben sie Gas-Kriege und das Kompromat gegen Lukaschenko angefangen[1]?

Die Frage ist zu umfangreich. Was ich kurz sagen kann, Polen und Baltikstaaten, das ist Europa, mit welchem Lukaschenko verfeindet ist, dennoch in der letzten Zeit befreundet ist. Russland war immer Lukaschenko‘s „Verbündeter“ und ist jetzt zum Feind geworden. Die Gas-Kriege haben begonnen, seitdem Russland die Preise für Gas und Öl langsam erhöht hat (anfangs waren die Preise weit unter dem Marktniveau). Der Präsident fand es nicht gut und hat einfach die Hähne zugedreht. Er hat nicht voraussehen können, welche Folgen edashaben kann. Jetzt muss er Öl und Gas zu Markt üblichen Preisen kaufen und fängt vielleicht an nachzudenken, obwohl das eher unwahrscheinlich ist. Es ist zu spät für ihn nachzudenken, scheint schon in Demenz zu sein.

Wovon lebt die belarussische Wirtschaft und wie groß ist Russlands Rolle darin? Wie hoch sind die Lebensstandarts?

Die Lebensstandards sind noch relativ hoch. Aber es wird immer schlimmer. Es wurde früher viel von einem Wirt-

schaftswunder gesprochen. Aber das lag nur daran, dass Öl und Gas so billig gekauft werden konnten und dann nach normalen Marktpreisen weiterverkauft wurden. Eine Weile lang gab es riesige Investitionen seitens der Regierung Russlands. Das hat jetzt alles ein Ende und Lukaschenko erwartet diesmal die Hilfe von den Neoliberalen. Viele sind sich einig, dass uns die Situation erwartet, die es Anfang der 1990er in Russland gab. Die Lebensstandards werden wegen wirtschaftlichen Problemen sinken und vielleicht wird es die Menschen etwas aktiver machen.

Über die anarchistische Bewegung in Belarus

Erzähle bitte über die Geschichte der anarchistischer Bewegung in Belarus.

In Belarus begann eine anarchistische Bewegung Ende der 1980er des letzten Jahrhunderts (ich habe die 1920er 1930er, als die Anarchist_innen überall in USSR einfach erschossen wurden, ausgelassen). Damals hat eine kleine Gruppe von Enthusiast_innen eine Föderation von Anarchist_innen von Belarus organisiert. Das ist eine der wenigen ernsthaften anarchistischen Organisationen der jüngsten Geschichte des Landes gewesen. Ich bin kein Geschichtswissenschaftler und kann nicht wirklich viel über die Ereignisse damaliger Zeit erzählen, weil alle aus der Zeit nicht mehr in der Bewegung aktiv sind (einer von denen hat sogar eine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen gestellt). Ende der 90er begann die Punk-Rock Szene sich zu entwickeln und wurde zu einem der Bezugspunkte der Bewegung. Einige ehemalige Mitglieder_innen von FAW brachten Anfang der 2000er die satirische Zeitung „Nawinki" herausgebracht. Sie war sehr populär und war auch in normalen Kiosken zu kaufen. Aber später wurde sie verboten.

Langsam entwickelte sich die Bewegung. Es wurde eine belarussische Abteilung von AD (Avtonomnoje Dejstwie[2]) aufgemacht, die nach einer Weile zur „Revolutionären Aktion" wurde.

Was große anarchistische Organisationen angeht, sowas gab es hier nie. Heute kannst du für die Mitgliedschaft in einer nicht-registrierten Organisation bis zu zwei Jahre Haftstrafe kriegen. Aber es will sich sowieso niemand anmelden, abgesehen davon, dass es nie zugelassen werden würde.

Welche Rolle hat die Subkultur gespielt?

Seinerzeit war die Subkultur eine Hauptquelle von neuen Menschen in der Bewegung. Punk-Rock war einige Jahre lang tatsächlich eine Protestkultur. Und viele anarchistische Aktivitäten waren mit ihr verbunden. Aber jetzt hat es sich geändert. Die Leute fangen an Punk-Rock genauso zu konsumieren, wie alles andere. Da unterscheidet sich Belarus kaum von den meisten europäischen Ländern.

Soli-Aktion in Bulgarien: „ Freiheit, gegen Diktatur" „Freiheit für belarussische Anarchist_innen"

Was waren in den letzten Jahren die Hauptthemen für die Anarchist_innen in Belarus?

Im Allgemeinen war für Anarchist_innen insbesondere die Entmarginalisierung das Hauptziel. Es wurden Versuch unternommen aktuelle Themen für die Gesellschaft anzusprechen.

Es gab welche, die sich mit der Arbeiter_innenbewegung beschäftigt haben. So viele Erfolge gab es in diesem Bereich aber nicht, da es keine Erfahrungen mit den Arbeiter_innenkämpfen gibt. In Belarus gibt es also keine Arbeiter_innenbewegung.

Es gibt eine Anti-Atom Initiative „Anti-Atom Widerstand", die in den letzten Jahren eine der aktivsten Gruppen gegen den Bau von neuen AKW war. Für Belarus ist das Thema Atomkraft nach Tschernobyl sehr schmerzhaft. Obwohl die Gesundheit von vielen unmittelbar durch die Atomindustrie ruiniert wurde, macht die Propaganda ihre Arbeit gut und viele unterstützen den AKW-Bau als ein Projekt für die energetische Unabhängigkeit des Landes.

Es gibt noch eine „Food not bombs"[3] Initiative, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die gesellschaftliche-Probleme, wie Hunger und soziale Ungleichheit, lenkt.

Welche Strömungen der anarchistischen Bewegung gibt es in Belarus?

Am meisten ist der Anarcho-Individualismus verbreitet. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, dass die Mehrheit der heutigen Anarchist_innen aus der Punk-Rock Szene kommen. Aber die aktivsten sind heute die Anarcho-Kommunist_innen. Es sind nicht besonders viele, aber es gibt z. B. schon Meinungsunterschiede zu den Aktionsformen.

Und natürlich war Belarus auch von der Widerstandsanarchismus-Welle betroffen. Grad aus dieser Richtung kam die Aktion der Gruppe „Freunde der Freiheit" an der Botschaft der Russischen Föderation. Nach einigen sehr kritischen Reaktionen von anderen Anarchist_innen, haben sie sich für den Anarcho-Widerstand erklärt. Sie würden machen, was sie wollen ohne Rücksicht auf andere. Alle haben also eigene Vorstellungen vom Anarchismus. Mir wurde schon immer gesagt, dass der

Soli-Graffiti in der Ukraine „Freiheit für belarussische Anarchist_innen"

Anarchismus sehr oft sehr komische Menschen anzieht.

Wie groß sind die Probleme mit extremen Rechten in Belarus?

Die gibt es und sie machen Probleme. In Belarus gibt es sehr wenige Nazis oder Faschos, die für die ‚saubere Nation' und so ein Scheiss bereit sind zu kämpfen. Die meisten schließen sich den Nazis an, wegen Fußball, Mode etc. Das ist schnell vorbei und geht nicht weiter über Kämpfe zwischen Fußball Clubs hinaus. Obwohl es Schlägereien mit Rechten immer wieder gibt. Meist ens greifen sie die modischen Fußballszene-Leute oder Subkultur-Vertreter_innen, wie Punks an. Die Gesellschaft ist sehr rassistisch, vor allem was Alltagsrassismus angeht. Aber so ein krasses Zeug, wie in Russland geht hier nicht ab. Es gibt kaum rassistische Übergriffe auf den Straßen.

Am 19. Dezember 2010 nach den Präsidentschaftswahlen, bei den Lukaschenko etwa 80% der Stimmen bekommen hat, haben sich mehrere Tausend Menschen in Zentrum von Minsk versammelt und gegen Wahlbetrug protestiert. Nach einigen Stunden wurden sie von Spezialeinheiten der Polizei angegriffen, zusammengeschlagen und zerstreut. Mehr als eintausend Menschen wurden festgenommen und hunderte wurden zehn bis 15 Tagen Gewahrsam genommen.

Über die Proteste am 19.12.2010 in Minsk

Inwiefern hat die Größe der Proteste euren Erwartungen entsprochen?

Ehrlich gesagt, die Mehrheit von uns hat nicht viel erwartet. Und dass die Menschen zum Sitz der Regierung gegangen sind, und noch dazu die Hauptstraße in Minsk blockiert haben, hat uns überrascht. Die Opposition heute in Belarus ist sehr liberal. Die Straße zu blockieren wird als ein Verbrechen angesehen, und ein Verbrechen machen die Bösen. Deswegen gehen sie auf die Straßenseite, auch wenn dort nur zwei bis drei Leute hinpassen.

Deswegen bedeutet die Tatsache, dass die Menschen durch das Stadtzentrum gegangen sind, dass sie nicht mehr über das ‚Verbrechen' nachdenken. Viel wichtiger ist es für die eigene Zukunft zu kämpfen. Und das ist sehr positiv.

Seid ihr mit eurer eigenen Teilnahme an diesen Protesten zufrieden[4]?

Wir sind sehr zufrieden, dass wir alles getan haben, um an diesen Protesten teilzunehmen. Die Medien haben die Anarchist_innen – wie immer – ignoriert, aber im Internet reden die Menschen von Anarchist_innen als organisierte Gruppe, von der die Menschen lernen sollten. So sehen die Menschen, trotz Schock von Festnahmen und Misshandlungen, dass es organisierte Gruppen gibt und denken darüber nach, dass mensch auf eine Demo vorbereitet gehen sollte und nicht, wie zu einem Theaterstück.

Was ist mit Repressionen? Hab ich richtig verstanden, dass Anarchist_innen die Situation besser einschätzen konnten und im richtigen Moment abgehauen sind? Und dass nur die Opposition und zufällige Menschen festgenommen wurden?

Nein, alle möglichen Leute wurden festgenommen. Als die Festnahmen anfingen, hat sich der anarchistische Block mit etwa 50 Leuten bereits aufgelöst und die Anarchist_innen zerstreuten sich in der Menge und hauten ab. Trotzdem wurden einige festgenommen. Und allgemein wurden sehr viele zufällige Menschen an dem Tag festgenommen. So wie „ging einkaufen und bin im Knast gelandet".

Was kommt jetzt?

Das wollen viele wissen. Entweder schläft die Gesellschaft hier wieder ein, oder es beginnt ein Kampf. Mir ist die zweite Möglichkeit sympathischer.

Zu den letzten Repressionen

Seit Anfang September 2010 sind die sozialen Aktivist_innen vor allem aus dem anarchistischen Spektrum in Belarus noch nie dagewesenem Druck ausgesetzt. Nach dem Versuch der Brandstiftung an der russischen Botschaft in der Nacht auf den 31. August 2010 und dem Start der Präsidentschaftswahlkampagne mussten rund hundert Aktivist_innen aus verschiedenen Städten (Grodno, Brest, Gomiel, Minsk und Soligorsk) zu „Gesprächen", Verhören beim

KGB. Es gab Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Manche von ihnen sind noch immer in Haft und ihnen drohen hohe Haftstrafen.

Wie sieht in den letzten Jahren die „normale" Repressionsintensität aus?

„Normale Intensität"? Schwer zu sagen. Im Prinzip gibt es nicht so viel Repression. Viel mehr wird der Druck auf die ganze Gesellschaft aufgebaut. Zum Beispiel haben Unbekannte vor ein paar Jahren einen Tetra-Pack mit Bolzen während der Unabhängigkeitsfeier in die Luft gejägt. Eine sinnlose Aktion, aber die Bullen haben alles auf den Kopf gestellt und fast der gesamten männlichen Bevölkerung die Fingerabdrücke abgenommen, ohne irgendeine Gesetzesgrundlage dafür gehabt zu haben. Und erst danach wurde das Gesetz über Fingerabdruckabgabepflicht verabschiedet.

Für die Menschen, die politisch aktiv sind, wird es immer enger. Und die, die ruhig leben, können sogar denken, dass eine Liberalisierung stattfindet. Das ist Blödsinn. Die Regierung geht einfach langsam von der Sowjetunion-artigen Politik direkter Beschränkungen, zu den manipulativen Beschränkungspolitik, die es de facto im Westen gibt. Du bist irgendwie fast frei in deinem Alltag, aber soweit du reale Probleme hast, kannst du mit dieser Freiheit nichts machen.

Warum hat so eine kleine unsinnige „Aktion" so viel Aufmerksamkeit seitens des Sicherheitsdienstes und der Bullen auf sich gezogen[5]?

Weil der Präsident selbst gesagt hat, dass der Fall aufgeklärt werden muss. Die Wurzeln des Problems liegen in demi „Gas-Konflikt" zwischen Russland und Belarus. Zur Zeit der Soli-Aktion war die Situation sehr angeheizt und hat dazu geführt, dass die Beamt_innen beider Länder angefingen sich gegenseitig zu provozieren. Und als diese „Freiheitsfreunde" am 2. September die Verantwortung übernommen haben, war es sehr gute Nachricht für die Regierung, weil sie somit einen Sündenbock gefunden hatten.

Haben eure Aktionen und ihr selbst schon früher die Aufmerksamkeit des KGB (der belarusische Geheimdienst) und anderen auf euch gezogen?

Ja. Der KGB beschäftigt sich mit den Anarchist_innen schon seit mehreren Jahren. Vielleicht nicht so intensiv, wie es momentan passiert. Aber der KGB hat uns zum Beispiel bei den Anti-Atom-Protesten 2009 massiv gefilmt. Und wegen dem generell sehr schwachen politischen Leben im Land, schenkt der KGB allen Demos besondere Aufmerksamkeit.

Symbol des Anarchist Black Cross Belarus

Und letzten Frühling beispielsweise wurden wir alle von „Bespartschkola", was eine öffentliche Initiative ist, festgenommen. Alles schön mit den Spezialeinheiten (ähnlich dem SEK) – dabei wurden 20 Menschen, die einen Film geguckt haben, grundlos festgenommen. Dann wurden in der Bullerei Fingerabdrücke genommen und Passdaten gesammelt. Einige hat der KGB extra noch verhört.

Was ist direkt nach dem 31. August passiert?

Am 2. September haben die „Freiheitsfreunde" die Verantwortung für den Angriff auf die russische Bootschaft übernommen. Schon am 3. September um sechs Uhr früh stürmten die Bullen in Zivil und in Masken einige Wohnungen in Minsk. Sieben Menschen wurden dabei festgenommen. Wo sie sind, haben wir erst am nächsten Tag erfahren. Die Eltern durften sie erst nach drei Tagen kontaktieren, als sie zusätzliche drei Tage Haft bekamen.

Am 8. September wurden drei weitere Menschen festgenommen. Einige konnten von draußen keine notwendigen Sachen kriegen, was mit irgendwelchen Logistik-Problemen des Knastes erklärt wurde, während die anderen problemlos alles bekommen konnten. Danach wurden noch sechs Menschen festgenommen. Etwa zwanzig Leuten waren seitdem im Knast von wenigen Tagen bis zu einigen Wochen. Vier sind immer noch im Knast. Einer von ihnen wurde sogar in Moskau(!) auf der Straße von Beamten in Zivil festgenommen und nach Belarus verschleppt. Dazu wurden noch unzählige Menschen verhört. Es gab auch Hausdurchsuchungen.

Wie war die erste Reaktion?

Die erste Reaktion bei vielen war ein Schock. Die meisten haben schon früher verstanden, dass wir nicht im Wunderland leben, trotzdem war es scheinbar ein ziemlich oberflächliches Verständnis. Ein Teil war einfach gelähmt, im Sinne von: „sie wissen alles, wir müssen nichts abstreiten". Andere sind einfach aus der Sicht verschwunden. Aber schon in den ersten Tagen gab es Menschen, die trotz Angst vor und Problemen mit den Bullen, nicht aufgegeben haben und die Inhaftierten unterstützt haben. Danach haben sich die meisten langsam beruhigt und jaulen jetzt nicht mehr über den Weltuntergang und die Überkräfte des belarussischen Sicherheitsdienstes rum.

Warum war die Bewegung auf die Repression nicht vorbereitet?

Vielleicht liegt es am Selbstbewusstsein. Und auch daran, dass die Men-

schen nicht verstanden haben, wo sie sind und welche Folgen ihre Aktivitäten haben können. Es ging so weit, dass einige, die an radikalen Aktionen teilgenommen haben, Aussagen gegen alle andere machten, nur um Probleme mit dem Studium zu vermeiden.[6]

Und viele haben die Computersicherheit nicht ernst genommen. Von den Rechnern einiger Menschen haben die Bullen viele Informationen ziehen können. Und jetzt ist nicht ganz klar, wie ernsthaft das der ganzen Bewegung gefährden kann.

Der erste Schock ist also überwunden?

Ja. Aber es hat sehr stark das gegenseitige Vertrauen zwischen den Menschen zerstört.

Wie haben andere politische Kräfte – die Opposition, die Medien, Menschenrechtler_innen – reagiert?

Die Menschenrechtler_innen helfen jetzt aktiv. Einige von ihnen versuchen auch die Aufmerksamkeit von westlichen Menschenrechtsorganisationen zu wecken, um Druck auf Lukaschenko und Co. aufzubauen. Oppositionelle Medien haben in den ersten Monaten viel darüber berichten, aber jetzt haben sie scheinbar keinen Enthusiasmus mehr. Die Politiker_innen haben die Ereignisse völlig ignoriert. Sie sind jetzt mit den Wahlen beschäftigt.

Was droht den Gefangenen?

Es ist schwer eine Prognose zu machen. Mit möglichen Haftstrafen bis zu 6 Jahren ist für die beiden Alexander und Nikolaj zu rechnen. Aber es besteht die Möglichkeit, dass die Beschuldigungen noch verändert werden und es noch mehr worden. Im allgemeinen ist vieles unklar, da es eine immer größere Kluft dazwischen gibt, zwischen dem, was die Bullen wissen und dem, wovon wir wissen, dass es die Bullen wissen.

Und noch sind die Knastrealitäten in Ex-SU und Belarus anders als in Europa. In Belarus ist SIZO (U-Haft Knast) ein Loch, wo in einer Zelle 10 Schlafplätze und 20 Menschen sind, die im Schichtwechsel schlafen. Stinkende Klos, Spaziergänge, wenn die Wächter_innen gute Laune haben, seltene Treffen mit Verwandten (und keine Freund_innen!). Die Briefe kommen wie durch einen uralten Spam-Filter an – absolut zufällig. Einige werden durchgelassen, andere nicht. Das ist da also kein wirkliches Leben.

Welche Folgen für die anarchistische Bewegung in Minsk und Belarus können diese Repressionen haben? Warum ist die Unterstützung und Solidarität gerade jetzt wichtig?

Die Folgen sind jetzt schon eine Katastrophe. Viele haben sich in dessen Höhlen zurückgezogen und trauen sich nicht raus. Einige haben endlich in den Repressionen die Rechtfertigung dafür gesehen, nichts mehr zu machen. Natürlich, ist es kränkend so ein Verhalten zwischen eigenen Genoss_innen zu sehen. Aber wir geben nicht auf und haben vor bis zum Ende kämpfen.

Die Unterstützung ist dringend notwendig, da einige den Glauben an die Bewegung verlieren. Und die Solidaritäts-Aktionen stärken den Geist von den wenigen, die noch weiterkämpfen.

Welche Solidaritätsformen findet ihr am effektivsten?

Wir? Da sind die Meinungen bei allen unterschiedlich. Einige werfen Molotows aufs KGB und auf Knäste, andere denken, dass öffentliche Aktionen mehr bringen und die Molotow-Würfe sind einfach eine Provokation. Ich finde selbst, dass eine Vielfalt an Aktionen am besten ist. Aber notwendig ist dabei, dass bei allen Aktivitäten nicht nur das Schicksal von dessen Teilnehmer_innen in Sicht bleibt, sondern auch von der ganzen Bewegung. Dazu kann ich natürlich sagen, dass die sinnlose Aktion an der russischen Botschaft, die gerade entstehende anarchistische Bewegung in Belarus ziemlich geschadet hat.

Wo gibt es Information über die Situation in Belarus und speziell über die Repression?

Es gibt immer neue Informationen auf Indymedia-Belarus. Es wird versucht alles mögliche auf Englisch und andere Sprachen zu übersetzen. belarus.indymedia.org

Auch gibt es viel Information auf avtonom.org.

Es gibt auch Twitter auf Russisch und Englisch minsksolidarity

Und ihr könnt immer auf englisch und russisch eine e-mail an minsksolidarity@riseup.net schreiben. Da kriegt ihr immer Antworten auf eure Fragen.

Anmerkungen:

1) Minsk und Moskau hatten Konflikte wegen Gaspreisen vor allem im Sommer 2010. Das russische Fernsehen, welches auch in Belarus empfangen wird, hat einige sehr kritische Fakten über Lukaschenko veröffentlicht.

2) „Autonome Aktion" – größte und fast einzige überregionale anarchistische Organisation in Russland. Weitere Abteilungen gibt es auch in der Ukraine.

3) Ähnlich wie Vokü, aber immer umsonst und eher „nach außen" gerichtet. Das Essen wird in den Straßen verteilt und daraus wird eine politische Aktion mit Flyers und Transpis.

4) Die Anarchist_innen waren bei der Protesten als eine organisierte Gruppe dabei. Mit Flugblätter, Transpis und Samba-Gruppe

5) In der Nacht am 31. August 2010 flogen zwei Mollies über den Zaun von russländischen Botschaft in Minsk. Ein Molotow ging gar nicht auf, von anderen gab es ein geringes Schaden an ein Botschafts-Auto. Erst am 2. September hat die Verantwortung eine „anarchistische Gruppe Freunde des Freiheits", welche niemand davor kannte, dafür übernommen.

6) In Belarus ist weit verbreitet, dass Studierende wegen ihrer politischen Aktivität Probleme mit dem Studium bis hin zur Exmatrikulation bekommen.

21. – 24. Juli Peine: Freiheit.leben.Punkt Camp freiheitlebenpunkt.tk
Auf diesem Camp wollen wir gemeinsam die Vision von einem selbstbestimmten, emanzipatorischen Leben entwickeln, umsetzen und leben und uns mit gesellschafts- und herrschaftskritischen Themen ausseinander-setzten. Das Camp soll dabei eine Mischung aus Konzerten, Musik, theoretischen Seminaren und praktischen Workshops sein.

24. – 31. Juli Burg Lutter Camp: Wer lebt mit wem? Warum? Und wie? www.wer-lebt-mit-wem.de
Auf dem Camp soll die radikale Infragestellung der bestehenden Verhältnisse auf Kleckerburgen im Planschbecken und die praktische Veränderung des Gegebenen auf Badelatschen am Lagerfeuer erprobt werden. Mensch kann sich dort auf die Suche nach Antworten auf die Frage, ob es ein richtiges Leben im Falschen geben kann und wie dieses gestaltbar wäre, machen.

23. – 31. Juli Antifacamp Weimar/Buchenwald antifacamp.net
Im Konzentrationslager Buchenwald mit seinen unzähligen Außenlagern fanden etwa 56.000 Menschen den Tod. Am 11. April 1945 gelang, mit Hilfe der bis an das Lager herangerückten US-Armee, die Selbstbefreiung der Häftlinge. Die Geschichte begreifbar zu machen und Geschehenes offen zu legen, ist zentraler Bestandteil des Antifacamps 2011. Zu diesem Zweck werden auf und in der Nähe der Gedenkstätte Buchenwald Arbeitsprojekte und Archivarbeit realisiert. Neben dieser praktischen Form der historischen Auseinandersetzung finden die ganze Woche über Gespräche von und mit Zeitzeugen statt. Außerdem soll die gemeinsame Zeit dafür genutzt werden, sich über vergangene, zukünftige und vor allem aktuelle Probleme Gedanken zu machen, auszutauschen und politische Debatten zu führen.

31. Juli – 5. August Antifa-Ravensbrück-Workcamp Fürstenberg/Havel ravensbrueck2011.blogsport.eu
Das Konzentrationslager Ravensbrück rund 100 km nördlich von Berlin gilt als das größte Frauenkonzentrationslager des NS-Regimes. Bereits im letzten Jahr fand in der Gedenkstätte Ravensbrück das erste antifaschistischen Workcamp statt. Auch in diesem Jahr wird an verschiedenen Projekten im Siemenslager (welches zum Lagerkomplex Ravensbrück gehört) gearbeitet und recherchiert. Darüber hinaus wird sich aber auch inhaltlich mit Zwangsarbeit, Faschismus, Kapitalismus und der aktuellen Gedenkstättenpolitik beschäftigt.

27. Juli – 5. August Bildungsstätte Lüdersdorf Camp VISION campvision.blogsport.de
Auf dem Camp VISION wird es Workshops zu vielen verschiedenen Themen geben. Darüber hinaus ist genug Zeit für andere Aktivitäten sein.

7. – 14. August Jänschwalde (Lausitz), Klima- und Energiecamp www.lausitzcamp.info
In dieser Woche findet ihr Gelegenheit über Alternativen zu fossilen Energieressourcen zu diskutieren. In der Lausitz soll ein so genanntes CO2-„Endlager" errichtet werden. Außerdem befinden sich dort riesige Flächen auf denen Braunkohletagebau betrieben werden. Vom Camp aus soll der lokale Widerstand gegen CO2-Lager und Kohleförderung ausgehen.

25. – 29. August Grenze Bulgarien/Griechenland/Türkei No Borders Camp noborderbulgaria.wordpress.com
Auf dem No Border Camp wird es Gelegenheiten für Veranstaltungen zum EU-Grenzregime und zur Situation von Migrant_innen in dem Dreiländereck Bulgarien-Türkei-Griechenland, Austausch und Vernetzung sowie Aktionen geben.

BAD NENN
HAL BE WUNS IEDEL HOYERS WERDA PAS SAU
6. august 2011: naziaufmarsch verhindern
DORF faschismus bekämpfen. DRES DEN
ns-verherrlichung stoppen.

blockieren.
kreativ.
offensiv.
sabotieren.
stoppen.
entschlossen.
mehr ebenen.
mehr mittel.
infos und mehr:
badnenndorf.tk

BAD NENN
HAL BE WUNS IEDEL HOYERS WERDA PAS SAU
6. august 2011: naziaufmarsch verhindern
DORF faschismus bekämpfen. DRES DEN
ns-verherrlichung stoppen.

In diesem Jahr am 6. August wollen wieder hunderte Neonazis aus Deutschland und dem benachbarten Ausland ihren „Gedenk"- Marsch in Bad Nenndorf abhalten. Ihrer Darstellung nach trauern sie um die Menschen, die während ihrer Inhaftierung im Bad Nenndorfer Militärgefängnis „Winklerbad" verstorben sind. Das Winklerbad war nach dem 2. Weltkrieg Verhörlager der britischen Armee, in dem u. a. Oswald Pohl, SS-General und Leiter des SS- Wirtschafts- & Verwaltungshauptamtes und somit zuständig für die Konzentrationslager, inhaftiert war. In Wahrheit geht es ihnen aber nur darum, die Geschichte zu ihren Gunsten umzudeuten. Aus deutschen Tätern sollen Opfer „alliierter Gewaltherrschaft" werden. Die Teilnehmerzahlen an diesem Aufmarsch steigen von Jahr zu Jahr. Es ist der größte Aufmarsch Norddeutschlands und der drittgrößte in der BRD.

Seit dem 1. Aufmarsch im Jahr 2006 gab es immer wieder einfallsreiche Aktionen, die den Aufmarsch verzögern und stören konnten. Gänzlich verhindert werden konnte er leider bisher nicht. So auch im vergangen Jahr, als die Polizei den Aufmarsch von rund 900 Neonazis an einer Betonpyramide mit angeketteten Gegendemonstrant_Innen vor dem Winklerbad vorbeiführte – und damit auf die Forderungen des Anmelders Marcus Winter einging.

Auch in diesem Jahr werden mehrere hundert Nazis in Bad Nenndorf erwartet.

Dresden und andere Städte haben gezeigt: Mission possible!

Trotz der politischen Gewolltheit des Aufmarsches und der enormen Polizeipräsenz der letzten Jahre sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt!

Offensiv stoppen. Kreativ sabotieren.
Kommt am 6. August nach Bad Nenndorf!

to be continued: badnenndorf.tk

juli

Do.	7.7.	22:00	Fachschaftsparty SoPäd
Fr.	8.7.	22:00	Mash up di place
Sa.	9.7.	22:00	Le sucre electrique – AntiRa-Soliparty
Fr.	15.7.	22:00	Friday night trash – Soliparty
Sa.	16.7.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	22.7.	22:00	Bulli-SoliParty
Sa.	23.7.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty „Summer of 69“ mit Filmvorführung
Sa.	30.7.	23:00	Rosa Disco

august

Fr.	5.8.	21:00	Konzert: Hardcore-Punk
Fr.	12.8.	22:00	Mash up di place
Sa.	20.8.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	26.8.	21:00	Rechtshilfe Gala
Sa.	27.8.	23:00	Rosa Disco

wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTransKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe

infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h
Fr.	16h - 19h